



„Vernetztes Handeln am Beispiel des Netzwerkes für die psychosoziale Versorgung für geflüchtete Menschen in Cottbus“

Zusammenfassung des Vortrags

Maren Dieckmann – Dezernentin und Leiterin des Geschäftsbereiches Jugend, Kultur und Soziales der Stadt Cottbus

Maren Dieckmann präsentierte wichtige Lernerfahrungen und gute Praxisbeispiele aus der Stadt Cottbus, die ein umfassendes „Netzwerk für die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten“ aufgebaut hat. Zentral seien dabei zum einen eine effektive Steuerung und Koordinierung sowie zum anderen gut vorbereitete und transparente Netzwerke zwischen den Partner*innen gewesen. Das Besondere am Cottbusser Modell ist der Ausbau der Migrationssozialarbeit, durch die schwerpunktmäßig diejenigen Menschen erreicht werden sollen, die das Bleiberecht erhalten haben.

Koordinierung: „Im Tun und Machen sieht man, dass es geht und dass es gehen muss!“

Eine gute Steuerung und Koordinierung der vermehrten Zuwanderung 2015 bis 2017 sei notwendig gewesen, um die Belastung der Regel- und Infrastrukturen zu bewältigen. Deswegen sei das „Netzwerk für die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten“ entstanden. Um die Rollen und Verantwortlichkeiten im Netzwerk transparent zu gestalten, sei Koordinierung zentral. Deswegen habe die Stadt Cottbus ein Konzept entwickelt für ein „Koordinierungsbüro gesundheitliche und psychosoziale Beratung, Prävention & Begleitung von Migrant*innen“. Das Büro werde seine Arbeit in Kürze aufnehmen.

Mindestens 20 Prozent der geflüchteten Menschen haben einen erhöhten Bedarf an psychosozialer Versorgung. Das habe 2017 eine Bedarfsabfrage von Cottbusser Institutionen ergeben, die sich mit dem gesunden Aufwachsen von jungen Menschen mit Fluchthintergrund befassen. Insbesondere kinderärztliche und psychosoziale Versorgung seien durch die Zuwanderung an ihre Grenzen gekommen. Durch gut abgestimmtes, vernetztes Arbeiten sei es u. a. möglich gewesen, geflüchtete Menschen auf wohnortnahe Arztpraxen zu verteilen, um die Überlastung einzelner Praxen zu vermeiden.

Die Koordinierungsstelle soll – zumindest vorerst – im Servicebereich Bildung und Integration angesiedelt werden. Der Servicebereich hat durch inhaltliche Projektarbeit bereits Netzwerkstrukturen weiterentwickelt und verstetigt. Außerdem bündelt der Bereich wichtige Themenbereiche der kommunalen zentralen Steuerung von Integration: Gesundheitsversorgung, Frühförderung, Gesundheitsförderung, Sprache, Bildung, Familienbetreuung, Arbeitsmarktintegration, medizinische und soziale Versorgung, das Wohnen im Quartier und Wohnungslosigkeit, Sicherheit sowie Bürgerbeteiligung und Partizipation.

Frau Dieckmann erklärte, dass sich das Koordinierungsbüro in Cottbus um Neuzugewanderte kümmere, die bereits ein Bleiberecht erhalten haben. Dieses Angebot ergänze die klassische unterkunftsnah und -ferne Migrationssozialarbeit für Asylsuchende, die Menschen nach der Erteilung des Bleiberechts nicht mehr erreicht. Menschen mit Bleiberecht erhalten dadurch einen Zugang zu Beratungsangeboten zu Themen der Gesundheitsförderung und Informationen zum Kita- und Schulbesuch oder zum Spracherwerb.

Netzwerkarbeit: „Die Systeme müssen sich untereinander akzeptieren.“

Frau Dieckmann berichtete, dass Cottbus seit den 90er Jahren ein Netzwerk von Partner*innen aus unterschiedlichen medizinischen und sozialen Bereichen unterhalte, das sich mit Bedarfen von geflüchteten Menschen befasst. Schon 2014 habe die Rathauspitze den sprunghaften Anstieg von Flüchtlingszahlen abgesehen. Um die Netzwerkstrukturen vorzubereiten, seien in den Stadtquartieren sowohl Gespräche mit den Partner*innen aus Medizin, Bildung, Jugendarbeit und Städteilmangement als auch Bürgerinformationen durchgeführt worden. So seien alle Infrastrukturen im Stadtgebiet auf den vermehrten Zuzug im unmittelbaren Umfeld vorbereitet und anliegende Bürger*innen informiert gewesen.

Für den Ausbau des „Netzwerkes für die psychosoziale Betreuung von Geflüchteten“ sei grundlegend, dass alle Partner*innen zusammenarbeiten, ihre jeweiligen Angebote kennen und aufeinander abstimmen. Frau Dieckmann beschrieb, dass durch das Netzwerk Versorgungslücken identifiziert wurden. So konnten frühzeitig niedrigschwellige Angebote ausgebaut werden, insbesondere in der ambulanten psychosozialen Betreuung.

Die Arbeitsgruppen Gesundheit sowie Psychosoziales bündelten die Expertise unterschiedlichster Bereiche, z. B. Verwaltung, Politik, Ärzteschaft, freie Träger und Beratungsstellen. Ihre Ziele seien erstens die Entlastung der Infrastruktur sowie zweitens neu Zugewanderte über das deutsche Gesundheitssystem aufzuklären.

Sichtbarkeit der Angebote für geflüchtete Menschen: „Cottbus ist laut, wir werden auch weiter laut bleiben.“

Die Flüchtlingsarbeit von Cottbus sei öffentlich präsent: Die Stadt teile ihre Lernerfahrungen mit anderen Kommunen, mache ihre Angebote für geflüchtete Menschen transparent und formuliere kommunale Bedürfnisse ans Land. Cottbus sei aus zwei Gründen attraktiv für geflüchtete Menschen: Zum einen miete die Stadt bereits seit den 90er Jahren Wohnungen für Menschen mit Fluchthintergrund an und verfüge entsprechend über Wohnraum. Zum anderen biete Cottbus ein gutes Unterstützungsnetzwerk für geflüchtete Menschen. Cottbus sei durch zwei Zuwanderungsspitzen 2015 und 2016 geprägt gewesen: 2015 seien 1.000 neue Menschen in die Stadt gekommen. Mit der Änderung des Asylrechts im Jahr 2016 sei die Zahl der neu Zugezogenen auf über 2.600 gestiegen. Dies seien in erster Linie asyl- und bleibeberechtigte Menschen sowie nachziehende Familienmitglieder gewesen.



GKV-Bündnis für
GESUNDHEIT

Gefördert durch die BZgA im Auftrag und mit Mitteln der gesetzlichen Krankenkassen nach § 20a SGB V

